

Montgomery: Wir werden mit jeder Regierung gut zusammenarbeiten

Der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages erläuterte Mitte November bei der Veranstaltung „Düsseldorf IN – Ärzte im Gespräch“ die aktuelle gesundheitspolitische Lage.

von Horst Schumacher

Es ist schon eine hohe Kunst, die teils widersprüchlichen Erwartungen der Ärztinnen und Ärzte an ihre Ärztekammern auf einen Nenner zu bringen. Wer das Amt eines Ärztekammerpräsidenten gut ausfüllen will, muss zusätzlich auch noch den hohen Ansprüchen der Patientinnen und Patienten, der Politik und der Gesellschaft an die Ärzteschaft gerecht werden. All dies gilt verschärft für den ersten Arzt der Republik, den Präsidenten der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages.

Wer nun annimmt, der Inhaber dieses Amtes müsse angesichts seiner Herkulesaufgabe die Lockerheit an der Garderobe ab- und nur noch Formeln von sich geben, sah sich Mitte November bei der Veranstaltung „Düsseldorf IN – Ärzte im Gespräch“ eines Besseren belehrt. Der vermeintliche Bürden-träger Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery erwies sich einmal mehr als flinker und nicht um Pointen verlegener Gesprächspartner.

Sein Gegenüber war Sven Gösmann, der derzeitige Chefredakteur der *Rheinischen Post* und ab 1. Januar Chefredakteur der *Deutschen Presse-Agentur*. Der versuchte vor rund 500 Gästen in der Alten Schmiedehalle, vorwiegend Ärztinnen und Ärzte aus der Region, das gesundheitspolitisch Neueste vom Neuen aus Montgomery herauszufragen. Gösmanns Aufschläge waren präzise, die Returns des Ärztepräsidenten platziert.

Heiteres Ministerraten

Die Koalitionsverhandlungen in Berlin liefen auf vollen Touren, also fragte Gösmann zuerst nach dem neuen Gesundheitsminister. Was soll man da sagen, wenn zu diesem Zeitpunkt vermutlich selbst die Kanzlerin keine Antwort hat?



Präzise Aufschläge, platzierte Returns: Sven Gösmann, Chefredakteur der Rheinischen Post (r.), im Gespräch mit dem Präsidenten der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery. Foto: Cream digital pictures

Montgomery fehlte es nicht an verständigen Sätzen beim „heiteren Ministerraten“, wie er es selbst kürzlich einmal genannt hat. „Wir haben nichts zu wünschen“, sagte er, „wir haben mit Philipp Rösler und Daniel Bahr in der Sache hervorragend zusammengearbeitet. Wir werden auch mit der nächsten Regierung hervorragend zusammenarbeiten.“

Gösmann: Ursula von der Leyen sei ja Ärztin. Montgomery: Bei der Auswahl des Gesundheitsministers entscheide nicht die gesundheitspolitische Kompetenz, sondern die „Proporzschiene“ – also zunächst einmal die Aufteilung der Ministerien unter den Koalitionspartnern: „Wir Ärzte bilden uns manchmal ein, dass ein Gesundheitsminister etwas von Gesundheitspolitik verstehen muss. Tatsächlich muss er vor allem die Organisation seines Ministeriums und die Beschaffung von Mehrheiten beherrschen.“

„Absurde“ Vier-Wochen-Frist

Das Ratespiel, in dem auch ein Kölner SPD-Politiker vorkam, erheiterte die Kolleginnen und Kollegen im Auditorium, doch dann ging es auch ernst zur Sache. Was ist von der Vier-Wochen-Frist für die Vergabe von Facharztterminen zu halten, die nach dem Willen der Berliner Arbeitsgruppe „Gesundheit und Pflege“ einge-

führt werden soll – inklusive der Möglichkeit einer ambulanten Behandlung im Krankenhaus zulasten des KV-Budgets bei Terminüberschreitung?

Montgomery: „Das ist Symbolpolitik.“ Das Problem der Wartezeiten gesetzlich Versicherter sei keineswegs so groß, wie es häufig dargestellt werde. Das Koalitionspapier sei hier zu undifferenziert und lasse „gefährliche Nebenwirkungen“ außer Acht. Denn bei schweren Erkrankungen Sorge in aller Regel der Hausarzt für einen schnellen Zugang zum Facharzt, und ausgerechnet bei leichteren Erkrankungen, bei denen eine gewisse Wartezeit zumutbar sei, solle der Patient künftig im Krankenhaus behandelt werden. Montgomery: „Das ist absurd. Der leicht Erkrankte ist im Krankenhaus nicht richtig.“

Bürgerversicherung durch die Hintertür?

Hinter dem Symbolthema der Wartezeiten – werden Privatpatienten gegenüber gesetzlich versicherten Patienten in unzulässiger Weise bevorzugt? – steckt die grundlegende Frage nach der Zukunft des Krankenversicherungssystems. Während die Ärzteschaft für das bestehende duale System aus Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und privater Krankenversicherung eintritt, fordert die SPD ein einheitliches System für alle Bürger („Bürgerversicherung“). Montgomery machte in Düsseldorf deutlich, dass er sich hier gewisse Sorgen macht: „Die Bürgerversicherung ist noch nicht endgültig vom Tisch.“ Auch wenn die Union ein anderes Programm als die Sozialdemokraten verfolgt – immerhin seien Verabredungen denkbar, die letztlich in Richtung Bürgerversicherung führen – etwa eine einheitliche ärztliche Vergütung in GKV und PKV oder die Öffnung der GKV für Beamte.

Ein Thema lag Montgomery beim Parforceritt durch die aktuelle Gesundheitspolitik noch besonders am Herzen: Der eskalierende Streit zwischen Hausärzten und Fachärzten. Der Appell des Ärztepräsidenten: „Gerade in der derzeitigen Situation sollten wir die Einigkeit betonen.“